

Gerd D. Bossen

Kenia nach den Wahlen

Aufbruchstimmung nach 40 Jahren Unabhängigkeit

Matatus sind der Albtraum aller Verkehrsteilnehmer in Kenia, vor allem in Nairobi. Matatus – das sind Kleinbusse, die als Sammeltaxis operieren. Ihre Fahrer scheinen nicht nur ihr eigenes Leben, sondern auch das ihrer Passagiere und der übrigen Verkehrsteilnehmer zutiefst zu verachten. Beliebt sind sie nur bei den Polizisten, denn sie sind eine sichere Einkommensquelle. Sie sind fast immer überladen, haben technische Mängel oder keine Versicherung – es findet sich immer etwas, was sich mit einer Geldbuße belegen lässt, selbstverständlich ohne Quittung.

Wenige Tage nach den Wahlen vom 27. Dezember 2002 wurde in Nairobi ein Matatu wieder einmal von einem Polizisten angehalten. Der Tout (das ist der Anwerber/Kassierer eines Matatu) stieg aus und ging zum Polizisten. Man unterhielt sich kurz, der Tout stieg wieder ein, und das Matatu fuhr weiter. Die Passagiere des Matatus fragten den Tout, ob er etwa Bestechungsgeld gezahlt habe. Ja, sagte dieser, 100,- KSh., was etwa Euro 1,20 sind. Daraufhin zwangen die Passagiere den Fahrer, umzukehren und zu dem Polizisten zurückzufahren. Alle 18 (!) Passagiere stiegen aus und stellten den Polizisten zur Rede. Schließlich zwangen sie ihn unter Androhung von Gewalt, nicht nur die KSh. 100,- zurückzugeben, sondern nahmen ihm auch noch mehrere weitere 50,- KSh.-Noten ab, die er offensichtlich von anderen Verkehrsteilnehmern kassiert hatte.

Zur Begründung erklärten die Passagiere, der Wind wehe in Kenia jetzt aus einer anderen Richtung. Präsident Kibaki habe die Bevölkerung in seiner An-

Knapp 40 Jahre nach der Unabhängigkeit Kenias ist die ehemalige Einheits- und Regierungspartei KANU erstmals abgewählt worden. Die Tatsache, dass die Opposition sich diesmal zur National Rainbow Coalition zusammenfinden und auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten einigen konnte, hat ihren Wahlsieg möglich gemacht. Die Kenianer haben damit 40 Jahre Unterdrückung, Gewalt, Misswirtschaft und Korruption endlich eine Absage erteilt. Der Weg zu Demokratie, Rechtsstaat und wirtschaftlicher Entwicklung ist damit für Kenia erstmals seit der Unabhängigkeit offen.

trittsrede am 30. Dezember 2002 gebeten, ihm zu helfen, die Korruption auszurotten. Und das täten sie jetzt. Das „eingesammelte“ Geld, so sagten sie, würden sie einer gemeinnützigen Einrichtung in Machakos, einer kleinen Stadt auf dem Wege von Nairobi nach Mombasa, übergeben.

Dieser Fall ist – leider – nicht repräsentativ, aber er wäre vor den Wahlen undenkbar gewesen. Er zeigt, und deswegen ist er hier an den Anfang gestellt, wie tiefgreifend die Stimmungsveränderung ist, die Kenia erfasst hat und zu dem erdrutschartigen Sieg der Opposition bei den Wahlen geführt hat.

■ **Das Wahlergebnis**

■ In Kenia fanden am 27. Dezember 2002 drei Wahlen statt. Gewählt wurden ein neuer Präsident, ein neues Parlament und neue Stadt- bzw. Gemeindevertreter.

In Kenia fanden am 27. Dezember 2002 drei Wahlen statt. Gewählt wurden ein neuer Präsident, ein neues Parlament und neue Stadt- bzw. Gemeindevertreter.

Die Präsidentschaftswahlen

Zu den Präsidentschaftswahlen waren fünf Bewerber angetreten:

- Für die bisherige Regierungspartei KANU, die seit der Unabhängigkeit Kenias 1963 ununterbrochen regiert hatte, Uhuru Kenyatta, der Sohn des Staatsgründers Jomo Kenyatta;
- für die in der unter der National Rainbow Coalition (NARC) vereinigte Opposition der Vorsitzende der Democratic Party, Mwai Kibaki;
- für die Partei FORD-People, die sich nicht mit NARC einigen konnte, deren Vorsitzender Simeon Nyachae;
- für die Social Democratic Party (SDP), die sich ebenfalls nicht mit NARC einigen konnte, deren Vorsitzender James Orengo und
- schließlich Waweru Ng’ethe für die unbedeutende Partei Chama cha Umma.

Die Auszählung der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von rund 56 Prozent ergab nach dem vorläufigen (das endgültige liegt noch nicht vor) amtlichen Ergebnis der Electoral Commission of Kenya (ECK) folgende Stimmenanteile:

Mwai Kibaki	3 646 277 Stimmen,
Uhuru Kenyatta	1 835 890 Stimmen,
Simeon Nyachae	345 142 Stimmen,
James Orengo	24 524 Stimmen,
Waweru Ng’ethe	10 061 Stimmen.

Mwai Kibaki, der Kandidat der in NARC vereinigten bisherigen Opposition, hat damit die Wahlen eindeutig gewonnen. Er hat etwa doppelt so viele Stimmen auf sich vereinigen können wie der Kandidat der bisherigen Regierungspartei KANU. Damit ist in Kenia eine Ära zu Ende gegangen. Erstmals seit der Unabhängigkeit Kenias im Jahre 1963 wird der Präsident nicht von der ehemaligen Einheits- und Regierungspartei KANU gestellt.

Die Parlamentswahlen

Bei den Parlamentswahlen war das Votum der Wähler ähnlich vernichtend für die seit 40 Jahren ununterbrochen regierende KANU. Sie verlor im neuen Parlament ihre bisherige absolute Mehrheit an die NARC. Im Einzelnen sah das Ergebnis wie folgt aus:

NARC	125 Abgeordnete
KANU	64 Abgeordnete
FORD-People	15 Abgeordnete
Safina	2 Abgeordnete
Sisi kwa Sisi	2 Abgeordnete
Shirikisho	1 Abgeordneter
FORD-Asili	1 Abgeordneter

Zu diesen 210 direkt gewählten Abgeordneten kommen noch zwölf hinzu, die von den Parteien im Verhältnis ihrer Stärke im Parlament nominiert werden. Von diesen zwölf Sitzen entfallen auf NARC sieben, auf KANU vier und auf FORD-People einen. Damit kommt NARC auf insgesamt 132 Abgeordnete und stellt damit im neuen Parlament die absolute Mehrheit.

Von den 210 gewählten Abgeordneten sind acht Frauen (NARC sieben, KANU eine). Das ist bitter wenig – aber immerhin doppelt so viel wie im vorigen Parlament. NARC hatte angekündigt, dass voraussichtlich alle sieben Nominierungen aus ihren Reihen Frauen sein würden – was dann aber doch nicht ganz eingehalten wurde: Von den bisher sechs Nominierungen sind vier Frauen. Um die siebte Nominierung wird noch gerungen.

Für 16 Wahlkreise hat NARC Wahlanfechtungsverfahren wegen behaupteter (und wahrscheinlicher) Wahlmanipulation durch die Regierungspartei KANU angekündigt. Es kann sein, dass noch weitere Wahlkreise hinzukommen. Da alle Anfechtungen von NARC kommen, werden sich eventuell hieraus er-

■ Von den 210 gewählten Abgeordneten sind acht Frauen (NARC sieben, KANU eine). Das ist bitter wenig – aber immerhin doppelt so viel wie im vorigen Parlament.

gebende Veränderungen in jedem Fall NARC zugute kommen.

Die Kommunalwahlen

Auf die Ergebnisse der gleichzeitig abgehaltenen Kommunalwahlen soll hier nicht im Einzelnen eingegangen werden, zumal hier noch viele Sitze ungeklärt sind. Aber auch hier hat die NARC einen eindrucks-vollen Erfolg zu Lasten der KANU errungen. Als Beispiel sei hier nur Nairobi erwähnt: Von den 55 zu vergebenden Sitzen im Stadtrat entfielen auf die NARC 53, auf die KANU lediglich zwei.

■ Auch bei den Kommunalwahlen hat die NARC einen eindrucksvollen Erfolg zu Lasten der KANU errungen. Als Beispiel sei hier nur Nairobi erwähnt: Von den 55 zu vergebenden Sitzen im Stadtrat entfielen auf die NARC 53, auf die KANU lediglich zwei.

■ Gründe für den Wahlerfolg der Opposition

Es ist interessant, die Entfaltung dieser – zumindest in diesem Ausmaß – unerwarteten Erfolgsgeschichte nachzuvollziehen. Denn immerhin hatten Kibaki und sein Vizepräsident Wamalwa auch schon 1992 und 1997 kandidiert – und waren gescheitert.

Vereinigungsbemühungen der Opposition

Wie schon 1992 und 1997 vereinigte sich die Opposition angesichts der herannahenden Wahlen. Unter der Führung von Kibakis Democratic Party (DP) gründeten im Februar 2002 sieben Parteien und Bewegungen die National Alliance for Change (NAC). 1992 und 1997 waren diese Vereinigungen der Opposition vor den Wahlen wieder zerbrochen, weil man sich nicht auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten einigen konnte. Die so zersplitterte Opposition wurde von der Regierungspartei KANU – auch mit Hilfe von Wahlmanipulation und -fälschung – geschlagen.

Auch diesmal drohte die NAC wieder auseinanderzufallen, und zwar aus den gleichen Gründen. Es bedurfte großer Anstrengungen (von innen und von außen), um die Bewegung zusammenzuhalten. Während dieser internen Auseinandersetzungen wuchs die NAC auf 16 Mitgliedsparteien und -bewegungen an, ohne dass damit die Königsfrage (wer wird die/der gemeinsame Präsidentschaftskandidat/in?) gelöst werden konnte. Es gab drei ernst zu nehmende Bewerber: Kibaki, Wamalwa und Charity Ngilu, die auch schon 1997 erfolglos kandidiert hatte.

Mitte des Jahres gelang es dann, die NAC in eine Partei, die National Alliance (Party) of Kenya (NAK), umzuformen. Mitglieder der neuen NAK waren die 16 Mitgliedsparteien und -bewegungen, die auch schon der NAC angehört hatten. Aber die neue NAK hatte nun eine gemeinsame Satzung, in der demokratische Regeln für die Nominierung von Kandidaten festgeschrieben waren, und sie wurde als Partei registriert. Jedoch war die Frage des Präsidentschaftskandidaten immer noch nicht gelöst, und wenige glaubten daran, dass NAK tatsächlich bis zum Ende zusammenhalten würde.

Und dann gelang der Durchbruch. Nach weiteren intensiven Bemühungen (erneut von innen und von außen) stellte NAK der Öffentlichkeit nicht nur einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten, sondern ein Team vor: Kibaki (Präsident), Wamalwa (Vizepräsident) und Ngilu (Ministerpräsidentin – nach dem neuen Verfassungsentwurf vorgesehen). Damit stand fest, dass NAK bis zu den Wahlen zusammenhalten und die Opposition mit einem gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten antreten würde. Die Opposition hatte damit erstmals seit der Unabhängigkeit Kenias realistische Chancen, bei den Wahlen zu siegen.

Die gescheiterten Versuche der Regierungspartei KANU, die Macht zu erhalten

In dieser Zeit war jedoch auch die Regierungspartei KANU nicht untätig. Im März 2002 vereinigte sich die KANU mit einer anderen relevanten Oppositionspartei, der National Development Party (NDP) unter der Führung Raila Odingas zur New KANU. Diese Vereinigung wurde in der Öffentlichkeit groß herausgestellt, und jedermann ging davon aus, dass KANU damit gestärkt war und noch bessere Chancen als bisher hatte, die Wahlen erneut zu gewinnen.

Niemand vermochte zu diesem Zeitpunkt zu ahnen, dass mit dieser Vereinigung der New KANU der Keim zur Selbstzerstörung gelegt war. Präsident Moi ließ sich von der Delegiertenversammlung der New KANU als Vorsitzender mit umfangreichen Vollmachten bestätigen, und es wurde per (manipulierter) Akklamation ein neuer Vorstand gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden vier Vertreter der sogenannten Jungtürken, nämlich Uhuru Kenyatta, Mu-

■ Nach intensiven Bemühungen stellte NAK der Öffentlichkeit nicht nur einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten, sondern ein Team vor: Kibaki (Präsident), Wamalwa (Vizepräsident) und Ngilu (Ministerpräsidentin – nach dem neuen Verfassungsentwurf vorgesehen). Damit stand fest, dass NAK bis zu den Wahlen zusammenhalten und die Opposition mit einem gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten antreten würden.

salia Mudawadi, Kalonzo Musyoka und Katana Ngala. Generalsekretär der neuen KANU wurde der bisherige Vorsitzende der NDP, Odinga. Übergangen und gedemütigt wurden dabei der langjährige Vizepräsident Saitoti und der bisherige Generalsekretär der KANU, Kamotho. Das sollte sich rächen.

Die Unzufriedenheit innerhalb der KANU kam zum Ausbruch, als Präsident Moi, der sich schweren Herzens entschlossen hatte, entsprechend der Verfassung nicht wieder zu kandidieren, seinen Wunschnachfolger präsentierte, ohne dies zuvor mit der Partei oder auch nur der Parteiführung abgesprochen zu haben. Die Wahl Mois fiel auf Uhuru Kenyatta, den Sohn des Staatsgründers Jomo Kenyatta, ein bislang unerfahrener und glückloser Politiker, aber erfolgreicher Geschäftsmann von zweifelhaftem Ruf. Präsident Moi wollte offenbar einen Nachfolger, der sich von ihm auch als Präsident lenken ließ.

Die übrigen Führungspersönlichkeiten innerhalb der KANU, die sich Hoffnungen auf eine Nachfolge Mois gemacht hatten, fühlten sich brüskiert. Als deutlich wurde, dass Präsident Moi daran ging, Kenyatta als Nachfolger durchzusetzen, kam es zur offenen Revolte innerhalb der KANU. Die übrigen Prätendenten, allen voran Vizepräsident Saitoti und Generalsekretär Odinga, verlangten eine demokratische geheime Abstimmung der Delegierten über den zu wählenden Präsidentschaftskandidaten. Moi und seine Riege lehnten dies ab. Es sollte nach dem sogenannten *queueing system* gewählt werden. Jede/r Delegierte stellt sich in einer Schlange hinter dem Kandidaten auf, den er/sie wählen wollte (oder sollte). So ist sehr einfach zu kontrollieren, wer wen wählt. Aber auch das war dann nicht mehr nötig – nachdem alle Gegenkandidaten zu NARC übergetreten waren, konnte Uhuru Kenyatta als einziger Präsidentschaftskandidat per Akklamation „gewählt“ werden.

Als sich dies abzeichnete, gründeten die Rebellen innerhalb der KANU die „Rainbow Coalition“. Für den Fall, dass über den Präsidentschaftskandidaten der KANU nicht demokratisch und geheim abgestimmt würde, kündigten sie ihren Austritt an. Dann überschlugen sich die Ereignisse: Vizepräsident Saitoti wurde entlassen, Odinga trat als Minister und Generalsekretär zurück, ihnen folgten die Minister

■ Als deutlich wurde, dass Präsident Moi daran ging, Kenyatta als Nachfolger durchzusetzen, kam es zur offenen Revolte innerhalb der KANU. Die übrigen Prätendenten, allen voran Vizepräsident Saitoti und Generalsekretär Odinga, verlangten eine demokratische geheime Abstimmung der Delegierten über den zu wählenden Präsidentschaftskandidaten. Moi und seine Riege lehnten dies ab.

und Stellvertretenden Vorsitzenden der KANU, Musyoka und Mudawadi, sowie viele andere Führungs-persönlichkeiten der Regierungspartei. Mudawadi machte dann einen Rückzieher, kehrte reumütig in die Reihen der KANU zurück und wurde dafür nach einigen Wochen mit dem Posten des Vizepräsidenten belohnt. KANU hatte sich damit unmittelbar vor der Wahl in zwei fast gleich starke Gruppierungen gespalten.

Die „winds of change“ beginnen spürbar zu wehen

Damit war der Öffentlichkeit klar, dass KANU nicht mehr der geschlossene – und scheinbar unschlagbare – Block war. Die *winds of change* begannen, stärker zu wehen. In dieser Zeit legte die von der Regierung eingesetzte Verfassungsreformkommission unter dem (hervorragenden) Vorsitzenden Prof. Ghai den Entwurf für die neue Verfassung vor. Die veröffentlichten Erläuterungen zu der vorgeschlagenen neuen Verfassung waren eine einzige vernichtende Kritik an der Regierung und der Politik der vergangenen Jahre.

Und dennoch wagte kaum jemand daran zu glauben, dass KANU tatsächlich die Wahlen verlieren könnte. Zu wach war noch die Erinnerung an 1992 und 1997, an Einschüchterung, Gewalt und Tote vor den Wahlen, an rücksichtslose und eklatante Wahlmanipulation und -fälschung. Man befürchtete Ähnliches auch für diese Wahlen – und damit einen erneuten Wahlsieg der KANU am Willen der Bevölkerung vorbei.

Es gab von Anfang an Kontakte und Gespräche zwischen der NAK-Führung und den führenden Rainbow-Leuten. Und diese nahmen in dem Maße zu, in dem deutlich wurde, dass NAK zusammenhalten würde. Es ist sehr zweifelhaft, ob die Palastrevolution in der KANU so stattgefunden hätte, wenn dies nicht der Fall gewesen wäre. Denn mit NAK hatten die KANU-Rebellen einen alternativen Weg zur Macht. Und dass sie eingebunden würden, das war klar – sie brachten Wähler mit, und sie schwächten KANU damit entscheidend.

Die Wechselstimmung war inzwischen so stark geworden, KANU so geschwächt, dass die befürchteten inszenierten gewaltsamen Ausschreitungen, und auch Wahlfälschungen in größerem Ausmaß, nicht mehr

■ Es gab von Anfang an Kontakte und Gespräche zwischen der NAK-Führung und den führenden Rainbow-Leuten. Und diese nahmen in dem Maße zu, in dem deutlich wurde, dass NAK zusammenhalten würde. Es ist sehr zweifelhaft, ob die Palastrevolution in der KANU so stattgefunden hätte, wenn dies nicht der Fall gewesen wäre.

möglich waren. Die von Präsident Moi ernannte Wahlkommission wurde mutiger und stellte die Weichen in Richtung auf faire Wahlen. Die Wahlleiter in den Wahllokalen wollten inzwischen entweder selbst den Wechsel oder trauten sich nicht mehr, den Wahlausgang wie in den Vorjahren zu manipulieren. Im Ergebnis wurde KANU regelrecht abgestraft. Nicht nur, dass Präsidentschaftskandidat Kenyatta scheiterte, etwa ein Dutzend Minister – darunter Vizepräsident Mudawadi und der bis dahin fast allmächtige Innenminister Sunkuli, eine der unangenehmsten Gestalten der alten Regierung – wurden nicht wiedergewählt.

■ **Präsident Kibaki und die neue Regierung vor einer schweren Aufgabe**

Die Erwartungen der Bevölkerung an den Präsidenten und die neue Regierung sind ungeheuer. Können sie erfüllt werden? Diese Frage stellt sich nicht nur im Hinblick auf Erfahrungen wie in Sambia oder Malawi, sie stellt sich auch deswegen, weil sich Kenia nach fast vierzigjähriger Regierung der KANU in einem derart desolaten Zustand befindet, dass es fast unmöglich erscheint, das Land kurzfristig oder auch nur mittelfristig aus dieser Misere herauszuführen.

Das schwere Erbe der KANU-Regierung

■ **Präsident Kibaki hat bereits erklärt, dass die absolute Priorität der Wiederbelebung der Wirtschaft zukommt. Doch eine Sanierung der kenianischen Wirtschaft scheint eine fast unlösbare Aufgabe zu sein.**

Präsident Kibaki hat bereits erklärt, dass die absolute Priorität der Wiederbelebung der Wirtschaft zukommt. Doch eine Sanierung der kenianischen Wirtschaft scheint eine fast unlösbare Aufgabe zu sein. Die Kassen sind leer, die Schulden enorm, die Staatsunternehmen fast alle am Rande des Bankrotts, geplündert und ruiniert von der bisherigen Regierung und von ihr eingesetzten schlechten und korrupten Managern. Die Korruption hat erschreckende Ausmaße erreicht, Polizei und Sicherheitskräfte sind keine Ausnahme, dazu schlecht ausgebildet, ausgerüstet und bezahlt. Entsprechend prekär ist die Sicherheitslage. Einen Rechtsstaat und eine unabhängige Gerichtsbarkeit gibt es nicht einmal in Ansätzen. Die Infrastruktur ist zerfallen – man könnte die Liste der Probleme fast ins Endlose fortsetzen.

Und dennoch ist die Basis für eine Politik, die das Land allmählich gesunden lässt, nach dieser Wahl

vorhanden. Dies nicht nur aufgrund der breiten Zustimmung, die Präsident Kibaki und die neue Regierung nach der Wahl haben. Das eingangs erwähnte Beispiel sei hier nochmals in Erinnerung gerufen. Als 26 Abgeordnete der Rainbow-Gruppe (also ehemalige KANU-Leute), die im neuen Kabinett nicht berücksichtigt worden waren, sich beschwerten und eine Kabinettsänderung verlangten, erobt sich ein Sturm der Entrüstung. Von allen Seiten wurde ihnen vorgehalten, die Zeiten, in denen es in der Politik nur um Macht und Positionen ging, seien vorbei. Sie sollten sich den Aufgaben des Landes widmen und nicht ihren persönlichen Machtgelüsten. Sie waren auch schnell wieder still.

Aber wie schwer es ist, gute Absichten in einem Land wie Kenia umzusetzen, mag ein anderes Beispiel belegen: Angesichts in den vergangenen Jahren dramatisch rückläufiger Einschulungsquoten in Grundschulen hatte NARC im Wahlkampf die Abschaffung von Gebühren für die staatlichen Grundschulen versprochen. Bereits am 3. Januar 2003 verkündete der neue Erziehungsminister Saitoti (der ehemalige Vizepräsident unter Moi) den Beschluss, dass Gebühren für staatliche Grundschulen abgeschafft seien, alle Kinder könnten kostenlos diese Schulen besuchen. Die Schulen öffneten am 6. Januar 2003 – und schlossen überwiegend gleich wieder. Der Ansturm der Eltern und Kinder war so groß, dass die Schulen dem einfach nicht gewachsen waren. Die Klassenstärken wären auf weit über 100, in manchen Schulen sogar über 300 Kinder pro Klasse gestiegen. Es waren weder ausreichend Raum noch Lehrer vorhanden. Zudem hatten viele Eltern den Beschluss der Regierung zu weit verstanden. Sie brachten ihre Kinder ohne Heft oder Bleistift, verlangten, dass aufgrund des Regierungsbeschlusses die Schulen für Schuluniform und Unterrichtsmaterial bezahlen sollten.

Das Chaos war unbeschreiblich, es drohte Gewalt. Die Schulen sahen keine andere Möglichkeit, als bis auf Weiteres zu schließen. Im Ergebnis hat also der gut gemeinte Beschluss, dass alle Kinder kostenlos die staatlichen Grundschulen besuchen können, dazu geführt, dass – zumindest vorerst – überhaupt keine Kinder diese Schulen besuchen können. Es ist noch nicht abzusehen, wie und wann die neue Regierung

NARC hatte im Wahlkampf die Abschaffung von Gebühren für die staatlichen Grundschulen versprochen. Bereits am 3. Januar 2003 verkündete der neue Erziehungsminister Saitoti den Beschluss, dass Gebühren für staatliche Grundschulen abgeschafft seien, alle Kinder könnten kostenlos diese Schulen besuchen.

dieses Problem lösen wird. In jedem Fall wird auf Seiten der Eltern Ernüchterung und Enttäuschung zurückbleiben.

Die neue Regierung

Bereits drei Tage nach der Wahl, am 30. Dezember 2002, wurde Präsident Kibaki vereidigt. Altpresident Moi war anwesend und trug die Niederlage – das muss man ihm zugestehen – mit Fassung und Würde. Wiederum nur vier Tage später stellte Präsident Kibaki sein neues Kabinett vor. Die neue Führung des Landes hat offenbar erkannt, dass die brennenden Probleme des Landes schnell angepackt werden müssen.

■ **Präsident Kibaki verkleinerte das neue Kabinett von bisher 28 auf 23 Ministerien. Unter den Ministern sind – ein absolutes Novum für Kenia – drei Frauen, unter den Stellvertretenden Ministern ebenfalls drei Frauen. Kibaki widerstand der Versuchung, alle die, denen er politisch etwas schuldete, ins Kabinett zu berufen.**

Präsident Kibaki verkleinerte das neue Kabinett von bisher 28 auf 23 Ministerien. Unter den Ministern sind – ein absolutes Novum für Kenia – drei Frauen, unter den Stellvertretenden Ministern ebenfalls drei Frauen. Kibaki widerstand der Versuchung, alle die, denen er politisch etwas schuldete, ins Kabinett zu berufen. Für die Zusammensetzung des neuen Kabinetts waren offenbar Fachkompetenz und Integrität die entscheidenden Kriterien. Allerdings mussten bei Integrität doch einige Kompromisse gemacht werden, so musste Kibaki zum Beispiel aufgrund der Allianz NAK-Rainbow den ehemaligen Vizepräsidenten Saitoti zum Minister ernennen, obwohl dieser aus seiner KANU-Zeit alles andere als unvorbelastet ist.

Die Zusammensetzung der neuen Regierung weckt Hoffnungen, dass NARC es ernst meint mit der Durchsetzung der angekündigten Reformen. Das Kabinett ist in der Öffentlichkeit auf breite Zustimmung gestoßen. Es ist nicht nur eine gute Mischung aus erfahrenen und frischen jungen Kräften, sondern es spiegelt auch die regionale und ethnische Realität Kenias wider. Alle Regionen sind in der Regierung vertreten und alle wesentlichen ethnischen Gruppen, wobei keine Dominanz der Kikuyu (der größten Volksgruppe, Kibaki ist Kikuyu) festzustellen ist: Von den Ministern sind vier Kikuyu, vier Luo, drei Luhya, zwei Maasai, zwei Kalenjin, zwei Meru, zwei Kamba, zwei Mijikenda, einer Embu und einer Somali.

Die ersten Handlungen und Ankündigungen der neuen Regierung lassen hoffen, dass diese es ernst damit meint, Kenia auf den Weg zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher Entwicklung

zu bringen. Sie hat die Probleme richtig erkannt und überwiegend die richtigen Lösungen angekündigt. Das Problem wird – wie so oft – in der Umsetzung liegen. Und es wird nicht möglich sein, die zumeist inkompetente Führung in Verwaltung, Polizei, Sicherheitskräften, Wirtschaft – kurz: in allen Lebensbereichen – über Nacht auszuwechseln. Hier werden der Regierung noch viele „Knüppel zwischen die Beine“ geworfen werden. Und mit den KANU-Rebellen hat sie auch einige führende Politiker übernehmen müssen, die nicht unbedingt mit voller Überzeugung an diesem Strang ziehen werden.

Kenyas neue Verfassung

Kenia wird in einigen Monaten – davon kann ausgängen werden – eine neue Verfassung haben. Und diese Verfassung wird aller Voraussicht nach zur Folge haben, dass die Regierung völlig neu gebildet werden muss.

Bisher liegt nur der Entwurf der Verfassungsreformkommission unter dem Vorsitz von Prof. Ghai vor. Aber NARC hat sich bereits vor der Wahl grundsätzlich für diese neue Verfassung ausgesprochen, und die neue Regierung hat angekündigt, dass die neue Verfassung binnen 100 Tagen nach der Wahl in Kraft treten soll. Wahrscheinlich dürfte es etwas länger dauern – aber die wirklich entscheidende Frage ist, welche Veränderungen an dem vorliegenden Verfassungsentwurf vorgenommen werden. Dass der Entwurf, so wie er vorliegt, nicht Verfassungswirklichkeit werden wird, ist sehr wahrscheinlich.

Der vorliegende Entwurf der Ghai-Kommission basiert auf einer landesweiten Anhörung der Bevölkerung. Die so gesammelten Vorschläge für eine neue Verfassung sind – soweit verfassungsrechtlich vertretbar – in dem Entwurf enthalten. Er spiegelt daher die große Unzufriedenheit mit der Politik der letzten vier Jahrzehnte wider und wurde deswegen auch prompt von Präsident Moi und der KANU abgelehnt.

Vor diesem Hintergrund sieht der Verfassungsentwurf einschneidende Veränderungen vor. Die wichtigsten sind eine Entmachtung des Präsidenten und der Exekutive zugunsten des Parlamentes, die Schaffung eines vom Parlament zu wählenden Ministerpräsidenten, der die Regierungsgeschäfte führt, einer zweiten Kammer, die ähnlich wie der Deutsche Bun-

Kenia wird in einigen Monaten – davon kann ausgängen werden – eine neue Verfassung haben. Und diese Verfassung wird aller Voraussicht nach zur Folge haben, dass die Regierung völlig neu gebildet werden muss.

desrat) die Interessen der Regionen vertritt, die Einführung eines gemischten Verhältniswahlrechts sowie eine völlige Reform der Gerichte und der Justiz. Diese Vorschläge sind zweifellos sinnvoll. Man braucht sich nur das Telefonbuch von Nairobi anzuschauen, um auf einen Blick zu sehen, woran das gegenwärtige System krankt – für des „Office of the President“ sind wesentlich mehr Seiten vorhanden, als für die gesamte Regierung.

Es ist verständlich, dass NARC aus der Opposition gegen einen überstarken Präsidenten diesen Entwurf begrüßt hat. Aber es wird interessant sein – sozusagen der Lackmus-Test für die demokratischen Überzeugungen von Präsident Kibaki – zu sehen, ob er als Präsident auch noch seiner eigenen Entmachtung zu einer Repräsentationsfigur zustimmen kann. Das einzige Stück ihm verbleibender wirklicher Macht wäre dann, dass er Oberbefehlshaber der Streitkräfte bliebe. Alle anderen Machtbefugnisse würden an den Ministerpräsidenten übergehen.

Diese Konstellation könnte auch zu einer Zerreißprobe innerhalb der NARC – und damit der Regierung – führen. Denn der „starke Mann“ der Rainbow-Gruppe, Raila Odinga, möchte Ministerpräsident werden, ausgestattet mit allen Machtbefugnissen, die der Verfassungsentwurf vorsieht. Er wäre wohl auch der geeignete Mann für diesen Posten, trotz aller Bedenken wegen seiner politischen Wechselspiele. Er hat die Palastrevolution innerhalb KANUs zwar nicht inszeniert, aber als sie einmal im Gange war, war er der Kopf, der sie gesteuert und die Rebellen zu NAK/NARC geführt hat. Er wäre fähig, eine Regierung zu führen.

Nicht überleben dürfte die Bestimmung des Entwurfes, wonach Minister keine Abgeordneten sein dürfen. Sonst müssten alle gerade ernannten Minister zurücktreten oder ihre Mandate niederlegen, was eine Serie von Nachwahlen zur Folge hätte. Ebenso wenig dürfte die Bestimmung des Entwurfs Bestand haben, wonach ein Präsidentschaftskandidat nicht älter sein darf als 70 Jahre – denn das würde bedeuten, dass Kibaki nicht wieder kandidieren kann. Aber diese Dinge sind weniger wichtig. Entscheidend für den Erfolg der Bemühungen um eine Verfassungsreform ist die Frage, ob es gelingt, den Präsidenten – unabhängig von der Person Kibakis – zugunsten des vom

Der „starke Mann“ der Rainbow-Gruppe, Raila Odinga, möchte Ministerpräsident werden, ausgestattet mit allen Machtbefugnissen, die der Verfassungsentwurf vorsieht. Er wäre wohl auch der geeignete Mann für diesen Posten, trotz aller Bedenken wegen seiner politischen Wechselspiele.

Parlament abhängigen Ministerpräsidenten zu entmachten.

Dabei dürfte hilfreich sein, dass sich Präsident Kibaki und die Regierung nicht allzu weit vom Verfassungsentwurf entfernen können, wollen sie nicht das gerade gewonnene Vertrauen der Bevölkerung gleich wieder verspielen. Denn der vorliegende Verfassungsentwurf basiert, wie dargelegt, auf den Vorstellungen und Wünschen der Bevölkerung – und auch NAK/NARC hat sich vor den Wahlen bereits für diesen Entwurf ausgesprochen. Es bestehen also durchaus realistische Hoffnungen, dass die Verfassungsreform – wenn auch etwas entschärft – verwirklicht wird.

■ Schlussbemerkungen

Die kenianische Bevölkerung hat bei diesen Wahlen eine beeindruckende Leistung vollbracht. Sie hat sich diesmal nicht zu nennenswerter Gewalt hinreißen lassen, sie hat Manipulations- und Druckversuchen widerstanden, und sie hat erstmals die seit der Unabhängigkeit des Landes ununterbrochen regierende KANU abgewählt. Dabei muss man berücksichtigen, dass dies nicht nur im Ergebnis völlig neu ist. Unter Jomo Kenyatta, nach der Unabhängigkeit, war Kenia de facto ein Einparteiensstaat. Unter Kenyattas Patronagesystem waren es die Kenianer gewohnt, denjenigen zu wählen, der die besten Beziehungen zum Präsidenten hatte, denn nur dieser war in der Lage, Geld, Posten und sonstige Vergünstigungen in den Wahlkreis zu bringen – und nur dafür wurde er gewählt. Unter Arap Moi kam dann auch de jure der Einparteiensstaat, mit drastischen Repressionen. Man war daran gewöhnt, den zu wählen, den die Partei vorschlug.

Unter dem – widerwillig auf Druck von innen und von außen in Kauf genommenen – Einparteiensystem war man regelmäßig vor den Wahlen Gewalt, Einschüchterung, Manipulationen und Fälschungen ausgesetzt. All das hat die Bevölkerung abzuschütteln, hinter sich zu lassen vermocht. Entgegen allen Erwartungen war die Wahl im Wesentlichen frei und fair, einfach weil die Wählerstimmung so stark und spürbar geworden war, dass die Methoden der Vergangenheit nicht mehr einsetzbar waren.

Die kenianische Bevölkerung hat bei diesen Wahlen eine beeindruckende Leistung vollbracht. Sie hat sich diesmal nicht zu nennenswerter Gewalt hinreißen lassen, sie hat Manipulations- und Druckversuchen widerstanden, und sie hat erstmals die seit der Unabhängigkeit des Landes ununterbrochen regierende KANU abgewählt.

Die Begeisterung im Lande ist groß, es herrscht Aufbruchstimmung – fast wie nach der Unabhängigkeit. Es kommt jetzt darauf an, diese Stimmung nicht zu enttäuschen, sondern für Reformen zu nutzen. Die ersten Maßnahmen, die die Regierung in den ersten Tagen ihrer Amtszeit getroffen oder angekündigt hat, machen Hoffnung.

Wird die Begeisterung und Erwartung der Bevölkerung enttäuscht, dann besteht die große Gefahr, dass die Stimmung völlig umschlägt und auch Kenia in den Zustand verfällt, in dem sich leider schon viele afrikanische Staaten befinden – in Chaos, Anarchie und Gewalt, und in noch unerträglichere Armut der Mehrheit der Bevölkerung. In einem Land, das sich am Rande der arabischen Welt befindet, wäre das ein weiterer Nährboden für Extremismus und Terrorismus. Die Chancen, das zu verhindern, sind jetzt gegeben. Aber das hängt nicht nur von Präsident Kibaki und seiner neuen Regierung ab, sondern auch von der internationalen Unterstützung, wenn nötig auch unter Auflagen und Bedingungen.

Die Regierung Kibaki verdient damit jede nur denkbare Unterstützung – auch in unserem eigenen Interesse.

Das Manuskript wurde am 9. Januar 2003 abgeschlossen.